

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Dorwüchters-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-291

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sichert die Elternbeiratswahl!

Reaktionäre Wahlvorstände streichen eigenmächtig die Schulaufbauliste!

Vor zwei Jahren haben bei den Elternbeiratswahlen die „Christlich-Unpolitischen“ es leicht gehabt, zu „siegen“. Burden ihnen doch in Alt-Berlin durch die Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft 132 Volksschulen mit etwa 2000 Mandaten kampflös ausgeliefert. Ohne Aufwendung von Mühe, Zeit und Kosten kamen sie zu ihren Mandaten. Das hat ihnen gefallen und sie hätten es wohl diesmal gern wieder so gehabt. Diesmal ist es nicht so leicht für sie, aber dafür kommt ein anderer Umstand ihnen zustatten. Der deutschnationalen „Berliner Lokal-Anzeiger“, der für die „Christlich-Unpolitischen“ wirbt, hatte die frohlockende Meldung gebracht, daß wieder an vielen Schulen die linksgerichteten Elternkreise gar keine Liste eingereicht hätten, so daß dort die allein eingereichte Liste der „Christlich-Unpolitischen“ ohne weiteres gewählt sei. Hierzu stellen wir an einem Beispiel aus Steglitz fest, wie das Fehlen einer Liste der Linken auch daraus zu erklären sein kann, daß eine eingereichte Liste nicht den Beifall des Wahlvorstandes gefunden hat und aus nicht stichhaltigen Gründen zurückgewiesen worden ist. Heute wollen wir aus vielen anderen Listenzurückweisungen noch einige hier mitteilen:

An der 3. Volksschule Halensee wird die Liste „Schulaufbau“ für ungültig erklärt mit der Begründung, zwei Kandidaten ständen auch auf der christlich-unpolitischen Einheitsliste. Sie müssen auf der Liste „Schulaufbau“ gestrichen werden, wodurch diese ungültig wird. Das geschieht, obwohl die beiden Kandidaten auf der Liste „Schulaufbau“ eigenhändig eine Zustimmungserklärung abgegeben haben (auf der anderen nicht), und obwohl sie bereits am 26. Mai schriftlich dem Wahlvorstand mitgeteilt haben, daß ihre Namen von der „christlich-unpolitischen“ Liste gestrichen werden sollen. Der Wahlvorstand hält diese Streichung für unzulässig und erst nach dem 6. Juni möglich, und er erklärt die Liste „Schulaufbau“ für ungültig. An der 30. Gemeindegemeinschaft weist der Wahlvorstand am 27. Mai, abends 7 Uhr, eine ihm persönlich überreichte, ordnungsmäßig aufgestellte Liste „Schulaufbau“ zurück mit der Begründung, daß der Termin aus mittags 1 Uhr festgesetzt sei. Er habe das im Schulhause angeschlagen, im Schulhaus, das in den Ferien verschlossen war! An der 23. Knabenschule sind zwei Kandidaten verhehentlich auf die Liste „Schulaufbau“ ge-

kommen. Nach ihrer Streichung bleibt trotzdem noch die nötige Kandidatenzahl. Die Liste wird aber für ungültig erklärt. Die kommunistische Liste „Kind in Rot“ wird für ungültig erklärt, weil die Unterschriften „nicht eigenhändig geschrieben“ sein sollen. Diese letzte Begründung hat in zahlreichen anderen Fällen, die uns mitgeteilt werden, herhalten müssen, um die Listen „Schulaufbau“ oder „Kind in Rot“ für ungültig zu erklären. Ohne den Schatten eines Beweises dekretieren „christlich-unpolitische“ Wahlvorstände: „Die Listen sind ungültig, weil die Unterschriften nicht eigenhändig geschrieben sind.“ In einzelnen Schulen sind Wahlvorstandsmitglieder sogar zu Unterzeichnern der gegenständlichen Liste gegangen, um festzustellen, ob sie auch wirklich selber unterschrieben haben. Sie haben auch in einzelnen Fällen nachträglich Eltern, von denen ihnen aus den zeitig eingereichten Listen bekannt war, daß diese auf der Gegenliste kandidierten, auf ihre Liste gelehrt, um dann willkürlich diese Kandidaten auf der Gegenliste zu streichen und diese für ungültig zu erklären. Die Schulaufsichtsbehörde sei schon heute auf diese unlauteren Manöver aufmerksam gemacht. Selbstverständlich wird beim Provinzialschulkollegium in allen Fällen Einspruch erhoben.

Die Tatsache, daß die Zurückweisungen in diesem Jahre viel zahlreicher sind und allgemeiner auftreten, als bei allen bisherigen Elternbeiratswahlen, läßt vermuten, daß in diesem Vorgehen Methode liegt. Die „Christlich-Unpolitischen“ und ihre Hintermänner hoffen auf eine Irreführung der Öffentlichkeit. Sie erwarten, daß der 6. Juni ihnen einen Sieg bringen wird und sie dann mit großen Zahlen aufmarschieren können, um wieder das Reichsinnenministerium, die Parlamente und die Öffentlichkeit damit zu „bluffen“, daß die Mehrheit der Elternschaft für ihre Kirchenschule eintrete. Man sagt sich, die Zahl, die am 6. Juni veröffentlicht wird, ist entscheidend, auch wenn sie nicht stimmt. Die Nachwahlen, die auf Einsprüche erfolgen, vollziehen sich ja fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit, so daß ihre Resultate kaum beachtet werden.

Die Arbeiterschaft muß der Schulreaktion einen Strich durch die Rechnung machen, indem sie durch vollständige Wahlbeteiligung an allen Schulen, in denen Gegenlisten den „Christlich-Unpolitischen“ gegenüberstehen, dieser Gesellschaft eine Niederlage bereitet. Keine Stimme den „Christlich-Unpolitischen“!

Hamburg und Preußen.

Zum Entwurf eines Staatsvertrages.

Von R. Perner, Hamburg.

Das kürzlich veröffentlichte Gutachten der beiden früheren preußischen Staatsminister Dr. Drews und Graf Roderich über einen Gebietsaustausch, einen Finanzausgleich und eine Verwaltungsgemeinschaft für Hamburg und seine preußischen Nachbargemeinden hat weder in Preußen noch in Hamburg unbedingte Zustimmung gefunden. Es ist aber nicht richtig, daß Hamburg beabsichtigt, mit Gegenanschlägen zu diesem Gutachten herauszukommen. Hamburg hat vielmehr durch seinen Senatspräsidenten erklären lassen, daß es die Denkschrift der beiden Sachverständigen als geeignete Verhandlungsgrundlage ansieht, und bei dieser Erklärung bleibt es. Da auch die preußische Staatsregierung ihre Verhandlungsbereitschaft von neuem bekräftigt hat, ist mit der baldigen Aufnahme von Beratungen zu rechnen, deren Ziel der Abschluß eines Staatsvertrages sein wird, wie ihn die erwähnte Denkschrift im Entwurf vorliegt. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist freilich noch sehr in Frage gestellt.

Was zunächst den Gebietsaustausch angeht, so beschränkt sich das Gutachten auf einen Vorschlag, den schon im Jahre 1921 zwei preußische Sachverständige, die Professoren de Thiery und Franzius von den technischen Hochschulen in Berlin und Hannover, über die Möglichkeit der Hafenerweiterung auf Anfordern der Zentralstelle für die Reugliederung Deutschlands abgegeben hatten. Nach diesem Vorschlag soll Preußen das durch die Stromspaltung zwischen Nord- und Süderelbe gebildete Inselgelände (Wilhelmsburg, Altenwärder, und Preußisch-Finkenwärder) an Hamburg abtreten, wogegen Hamburg seine auf dem linken Elbufer liegende Erklave Moorburg an Preußen abgeben soll. Der Nutzen dieses Gebietsaustausches würde darin bestehen, daß die unmittelbar an den Hamburger Hafen angrenzenden bisher preußischen Gebiete nach einem einheitlichen Plan erschlossen, und dem Hamburger Hafengelände angefügt werden könnten, während der preußische Hafen Harburg, der durch die hamburgische Erklave Moorburg gewissermaßen blockiert ist, sich nach jener Richtung ausdehnen könnte. Gegen den Vorschlag wird von preußischer Seite, insbesondere auch von dem sozialdemokratischen Harburger Oberbürgermeister Dr. Dudek geltend gemacht, daß die Einbeziehung von ganz Wilhelmsburg in das hamburgische Staatsgebiet über kurz oder lang auch den Anschluß Harburgs an Hamburg nach sich ziehen würde. Wollte Preußen dies verhindern, so dürfte es Wilhelmsburg unter keinen Umständen preisgeben, sondern müsse es mit Harburg vereinigen, das alsdann in die Lage kommen würde, seinen Industriefahnen, der jetzt auf engen Raum zusammengedrückt ist, bedeutend auszubauen. In einem Wettbewerb mit dem Hamburger Welthafen wolle Harburg allerdings auch dann nicht eintreten, sondern nur in eine Art Arbeitsteilung dergestalt, daß Hamburgs großer Hafen wie bisher dem Ueberseeverkehr und Welthandel Deutschlands zu dienen hätte, während Harburgs Hafenanlagen nur für die Einfuhr von Industrierohstoffen, Kohle usw. und den Abtransport der eigenen Industrieerzeugnisse in Betracht kämen. Das Gutachten macht geltend, daß es vorteilhafter sei, die Erschließung und künftige Verwaltung dieses so ungemein entwicklungs-fähigen Hafengeländes Hamburg allein zu überlassen, weil es nun einmal den technischen Apparat dafür zur Verfügung hat und außerdem der einmütige Wunsch der Wilhelmsburger Bevölkerung dahin geht, mit Hamburg vereinigt zu werden. Harburg werde sich besser und normaler entwickeln, wenn es auf das linke Ufer der Süderelbe beschränkt bleibt, wo nach der Vereinigung mit Moorburg noch genügend Raum für Industriefahnen zur Verfügung steht. Der Ausbau Wilhelmsburgs zu einem See- und Flußschiffhafen ersten Ranges sei eine Aufgabe, die über Harburgs Kraft gehe, auch dann, wenn der preußische Staat seine Hilfe zusage, denn diese Hilfe könnte schon in Rücksicht auf die übrigen Hafenzentren Preußens nicht in allzu weitem Umfange geleistet werden.

Im Zusammenhang hiermit wird die Frage aufgeworfen: „Warum wird Hamburg nicht preußisch?“ Die Frage erledigt sich damit, daß auch dann die Schwierigkeiten der Hafenerweiterung nicht gelöst sein würden. Wenn Hamburg in Preußen aufgehen wollte, müßte ihm Preußen die Stellung einer selbständigen Provinz einräumen, denn ein Anschluß an die Provinz Hannover oder an Schleswig-Holstein käme schon deshalb nicht in Betracht, weil jede dieser beiden Provinzen sich der Abtretung eigenen Gebiets an die Provinz, der Hamburg angeschlossen würde, genau so widersetzen würde, wie sie sich heute jeder Gebietsabtretung an den Staat Hamburg widersetzt. Das Gleiche gilt aber auch, wenn Hamburg selbständige preußische Provinz würde. Dabei würde es die Vorteile, die ihm heute seine staatsrechtliche Verfassung verleiht, einbüßen, ohne irgendwelche andere Vorteile dafür zu gewinnen. Der Umstand, daß in Hamburg die staatliche und die städtische Verwaltung nicht voneinander getrennt sind, gestattet heute rationelle Ausnutzung und Bewirtschaftung des Hafens und aller Staatsbetriebe, die mit ihm zusammenhängen. Die Einschaltung eines langwierigen Instanzenzuges, wie sie beim Aufgehen in Preußen unvermeidlich wäre, würde die Hafenbewirtschaftung lähmen und das wäre ein Nachteil auch für die gesamte deutsche Volkswirtschaft.

Wenn aber ein Anschluß Hamburgs an Preußen nicht in Frage kommt und ebensowenig ein Zusammenstoß des

Kommissionskampf in Genf.

Die Reserven sollen nicht zur Friedendrängung gerechnet werden!

Genf, 3. Juni. (Tl.) Die Unterkommission A der vorbereitenden Abrüstungskommission hat jetzt nach fünftägigen Verhandlungen die Beratung über den ersten Punkt des Fragebogens, der die Definition des Begriffes Friedendrängung betrifft, abgeschlossen. Bekanntlich verlangte Frankreich, Italien, Japan und andere Staaten, daß die gesamte militärische Reserve eines Landes, das Kriegsmaterial, die Schiffe und auch die Reservetruppen nicht zur Friedendrängung zugerechnet würden, während Deutschland, England, Amerika und Bulgarien diesen Vorschlag ablehnten. Die Abstimmung ergab eine Annahme der französisch-italienischen Auffassung mit neun gegen vier Stimmen. Bei der Abstimmung über die Frage, ob das Zollpersonal, die Postbeamten und die Polizei der Friedendrängung einer Armee zuzurechnen sei, blieb Deutschland, das gegen diese Auffassung stimmte, gegen dreizehn Stimmen in der Minderheit. Die Deutschen Delegierten gaben hierauf ihre Auffassung zu Protokoll.

Vor den Marokko-Verhandlungen.

Spanisch-französische oder allgemeine Konferenz?

Die spanisch-französischen Besprechungen über die Ausnützung des gemeinschaftlichen Marokkofestes werden eifrig fortgeführt. Briand hatte am Mittwoch abermals eine Aussprache mit dem spanischen Botschafter. Beide Regierungen planen die Einsetzung einer gemischten Kommission, die an Ort und Stelle die Grenzen zwischen dem spanischen und dem französischen Gebiet festsetzen soll. Es ist auch die Rede davon, daß dieser Kommission die Entscheidung über das endgültige Schicksal Abd el Krim überlassen werden soll.

Gleichzeitig mit den Bemühungen Frankreichs und Spaniens, sich zu einigen, laufen die Versuche anderer europäischer Mächte, einen Anteil an der Beute zu bekommen. Eine Mussolini nahestehende Persönlichkeit ist bereits in Madrid eingetroffen, um die Rechte Italiens zu wahren. Nach einer Londoner Meldung hat die italienische Regierung auch in Paris Vorstellungen erhoben. Italien behalte sich eine Intervention vor, falls durch die veränderte Lage in Marokko der französische Einfluß im Mittelmeer sich ungebürlich erweitere. Italien behalte sich vor, Kompensationen in der Tangerzone zu fordern, sobald seine Interessen vernachlässigt werden. In amtlichen englischen Kreisen zeigt man gegenüber dem Marokkoprobem noch große Zurückhaltung. Sommerhin läßt das Auswärtige Amt den diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ ausführen, daß durch ein französisch-spanisches Wirtschaftskomfortium Englands und Italiens strategische Interessen berührt werden würden. Rame es zum Ausbau marokkanischer Häfen und des marokkanischen Eisenbahnverkehrsnetzes, so werde sich das Interesse der Mächte an der offenen Tür in Marokko steigern. Man könne dann mit einer

allgemeinen Konferenz der Signalmächte der Abgesiras-akte rechnen. Nach einer Meldung aus Paris hat das offizielle England bereits angefangen, sein Interesse für Marokko zu zeigen. Chamberlain hat Frankreichs Botschafter in London beauftragt, seiner Regierung seine herzlichen Glückwünsche für den Sieg über Abd el Krim zu übermitteln...

Polnisch-sozialistische Vergangenheit.

Auch Staatspräsident Moscicki war einst Sozialist.

Wie Bludszki, sein gefürzter Gegner Wojciechowski und viele andere polnische Politiker, so gehörte auch der neue Staatspräsident Moscicki in seiner Jugend zur polnisch-sozialistischen Partei, die damals eben die antirussisch gestimmte Intelligenz mit den erwachsenen Arbeitern zu gemeinsamem Kampf vereinigte. Der Warschauer „Robotnik“, das Zentralorgan der PPS, druckt jetzt einen Artikel ab, den Moscicki für eine sozialistische Publikation geschrieben hat, als er 1892 in Riga eine polnisch-sozialistische Gruppe „Proletariat“ gebildet hatte. Der Präsident war seinerzeit in der Schweiz Mitglied der ausländischen Delegation der polnischen Sozialisten und Parteimitglied bis 1912.

Keine Amnestie in Ungarn!

Das ungarische Telegraphenbureau verbreitet eine amtliche Erklärung, die die Meldungen über eine geplante Amnestie für politische Verbrechen als „Gerüchte“ und als „völlig aus der Luft gegriffen“ bezeichnet.

Dieses Regierungsdementi schließt über das Ziel hinaus und leugnet mehr ab, als der Wahrheit entspricht. Offensichtlich sind die wegen der Frankenschöpfung zu Zuchthaus und Gefängnis verurteilten Verbrecher und ihre in den höchsten Stellen sitzenden Komplizen selber auf die schöne Idee gekommen, den in einigen Wochen fälligen Gedenktag des Sieges über die Türken im Jahre 1926 zu einer Amnestie zu benutzen. Es wäre doch eine patriotische Tat gewesen, die Erinnerung an jene Schmach durch die Begnadigung von nationalen Helden auszulöschen, deren vaterländischer Eifer mit Zuchthausstrafen belohnt wurde. Da die ungarische Regierung aber hat merken müssen, welchen peinlichen Eindruck die geringen Strafen und die Freilassung der Wehrzahl des Fällchergesindels im Ausland gemacht haben, so hat sie es nicht gewagt, ihre sowieso bekannte Solidarität mit den Verbrechern durch eine feierliche Begnadigung vor Europa noch einmal ausdrücklich zu bekunden. So ist der famose Plan ins Wasser gefallen und die Horthy-Regierung wird sich damit begnügen, nach dem Muster anderer Justizgewaltigen durch administrative Maßnahmen im stillen Dunkel des Strafvollzugs ihre verständigsozial-verzerrte Milde dem Prinzen Windischgrätz und Konsorten zu beweisen.

Seipel gegen den Anschluß. In Paris läßt sich der christlich-sozialen früheren Bundeskanzler Österreichs feiern. Er erklärte, Österreich sei lebensfähig. Es drohe nicht mit dem Anschluß. Es wolle nicht mit Gewalt oder Intrigue gegen die bestehende europäische Ordnung ankämpfen.

ganzen sogenannten Groß-Hamburg-Gebietes unter hamburgischer Staatshoheit, so bleibt eben nur der Weg des Ausgleichs, den das Gutachten vorschlägt — wenn nicht alles beim alten bleiben soll, was vor allem für die preussischen Nachbargemeinden Hamburgs auf die Dauer ganz unerträglich wäre. Denn sie sind fast alle finanziell außerordentlich notleidend, weil ihnen die Kosten der sozialen Fürsorge für die großen proletarischen Volksmassen zufallen, die im Hamburger Wirtschaftsgebiet ihre Arbeitsstätten, auf preussischem Gebiet aber zum großen Teil ihre Wohnstätten haben.

Darum sieht das Drems-Roedernsche Gutachten nun weiter einen Finanzausgleich vor, der erstens Preußen dafür entschädigen soll, daß es beim Gebietsaustausch mehr an Hamburg abgibt als es von diesem zurückerhält. (Auch auf dem rechten Elbufer soll ein Stück des preussischen Geestrückens von Schiffbet bis Bergedorf gegen das hamburgische Waldorf Groß-Hansdorf ausgetauscht werden.) Zweitens soll zur finanziellen Kräftigung der preussischen Gebiete, die an Hamburg angrenzen, also der Kreise Stormarn, Rinnberg und Harburg, sowie der Städte Altona, Wandsbek und Harburg ein Ausgleichsfonds von gewissen Steuererträgen geschaffen werden. Zu diesem Fonds sollen schätzungsweise Hamburg und Preußen je fünf Millionen Mark im Jahre beitragen; während die von Hamburg außerdem zu leistende Entschädigung auf rund 1 Million im Jahre geschätzt ist. Gegen diese Abfindungssummen wird von hamburgischer Seite eingewendet, daß sie zu hoch seien, zumal Hamburg ja für die Erschließung des Gebietes, das ihm zugesprochen werden soll, erst noch gewaltige Summen aufbringen müßte; auch künftig von dem vergrößerten Hafen kein direkter, sondern nur ein indirekter Nutzen zu erwarten ist, an dem preussische Nachbargemeinden durch die Förderung seiner Industrie und sonstigen Erwerbsmöglichkeiten auch teilnehmen wird.

Wird sich somit über die Gebiets- wie über die Finanzausgleichsfragen nur sehr schwer eine Einigung erzielen lassen, so bleibt als Hoffnung am Ende doch, daß wenigstens der Verwaltungsausgleich glücken wird. Er soll sich nach dem Gutachten auf einen Generalsiedlungsplan für das ganze Groß-Hamburg-Gebiet, auf Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie auf das Schulwesen erstrecken. Je zwei Vertreter der beiderseitigen Staatsregierungen sollen unter dem Vorbehalt eines Vertreters der Reichsregierung eine Art Schiedsgericht bilden. Auch hiergegen werden Einwände erhoben, aber schließlich muß es darüber zu irgendeiner Verständigung kommen, weil die noch immer bestehenden und scheinbar unauströtbaren Grenzpfähle innerhalb des Deutschen Reiches an solchen Brennpunkten des Wirtschaftslebens, wie es das Groß-Hamburg-Gebiet darstellt, nicht zum Hindernis jeder gesunden Entwicklung werden dürfen.

Große Koalition?

Eine Umfrage des „Berliner Tageblatts“.

Das „Berliner Tageblatt“, das selber entschieden für die Große Koalition eintritt, hat zwei Volksparteiler, die Abgeordneten Kahl und Moldenhauer und einen Sozialdemokraten, den Genossen Löbe, nach ihrer Meinung über dieses Thema befragt. Alle drei Antworten lauten im Sinne des Befragers wenig tröstlich.

Professor Kahl polemisiert wohl entschieden gegen den Grundsatz der Deutschnationalen, daß nur ohne und gegen die Sozialdemokratie regiert werden könne. Er sieht darin „einen Irrwahn, die größte Gefahrenquelle des inneren Friedens“. Aber die Grundlagen für eine Zusammenarbeit seiner Partei mit der Sozialdemokratie sieht er dennoch nicht gegeben, wobei er, der Ideologe, die Meinungsverschiedenheiten über Wirtschafts- und Sozialpolitik geringer einschätzt als die psychologischen Gegensätzlichkeiten. Besonders die „Berunglimpfung der uns teuren deutschen Vergangenheit“ durch die Sozialdemokratie scheint ihm ganz unerträglich.

Professor Moldenhauer hält die Gegensätze zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie im Augenblick für unüberbrückbar, dafür führt er die Frage des Volksentscheids und die Hausfuchungen bei angesehenen Mitgliedern der Deutschen Volkspartei an. Auch auf sozialpolitischem Gebiet sei die Sozialdemokratie nicht bereit, „aus der schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der wir uns befinden, die entsprechenden Folgerungen zu ziehen“. Nach der Meinung Moldenhauers herrscht in der Sozialdemokratie vollkommen „der linksradikale Flügel“, und so lange dies der Fall sei, erscheint ihm die Bildung der Großen Koalition weder wünschenswert noch möglich.

Genosse Löbe erklärt:

Für die deutsche Republik ist es nach meiner Ueberzeugung unumgänglich notwendig, daß wir zu einer festen Regierungsmehrheit kommen. Ich kann Ihnen mein Bedauern nicht verhehlen, daß die gegenwärtige Zusammensetzung und Haltung der Deutschen Volkspartei die Möglichkeit zu einer wirklich harmonischen Zusammenarbeit einschränkt. Eine auf Tatsachen aufgebaute Aussicht auf eine solche parteipolitische Zusammenarbeit, die mit dem Namen „Große Koalition“ abgestempelt ist, kann ich erst rückhaltlos in Betracht ziehen, wenn sich eine liberale Mittelpartei gebildet hat. Solange keine liberale Mitte im Reichstag vorhanden ist, müssen wir auf die Weimarer Koalition hinarbeiten. Schon der gegenwärtige Reichstag ist von einer tragfähigen Mehrheit im Sinne der Weimarer Koalition nicht weit entfernt.

Unter Führung von Scholz, Becker-Hessen und Brüninghaus, so führt Löbe weiter aus, sei die Volkspartei schwerindustriell und monarchistisch eingestellt. Andere Volksparteiler, wie Schneider-Dresden, Dr. Cremer, Professor Kahl, Kulenkampf, sowie die Beamten-, Handwerks- und Arbeitervertreter der Partei seien weniger von kapitalistischen Interessen geleitet und wollten eher die nationalliberale Tradition alten guten Schlages aus der Zeit Bismarcks weiterführen. Wassermann wollte die Arbeiterschaft für die Befahrung des Staates gewinnen, aber Scholz fühle sich bei solchem Gedanken unbehaglich. Solange diese Strömung die Deutsche Volkspartei beherrsche, sei eine feste Mehrheit nur möglich, wenn neue Reichstagswahlen eine Mehrheit für die Weimarer Koalition ergäben. Vielleicht würden dann auch die Einflüsse in der Volkspartei stark genug sein, die Vorteile einer positiven Mitarbeit der Arbeiterschaft am Staate zu schätzen.

Kein deutsches Interesse am Frankensurz.

Eine offiziöse deutsche Feststellung.

Die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“, die bekanntlich die Ansichten der Spitzen des auswärtigen Amtes getreulich widerpiegelt, bespricht in einem besonderen Artikel, der aus dem bisherigen Rahmen dieser offiziellen Korrespondenz etwas herausfällt, den Abstimmungsieg Briands in der Kammer. Aus diesem Artikel, der für Briand überaus schmeichelhaft ist, spricht die internationale Solidarität der Träger der Locarno-Politik.

Immerhin ist dieser Aufsatz insofern nützlich, als er in seinen Schlusswendungen eine wichtige Tatsache herausstreicht: „Es mag bei dieser Gelegenheit wieder einmal festgelegt werden, daß Deutschland, das so bittere Erfahrungen in der Zeit seiner eigenen Währungskrise durchgemacht hat, nicht das geringste Interesse daran hat, Frankreich diesen bitteren Reiz ebenfalls auskosten zu sehen, und daß jeder von der Erkenntnis der europäischen Zusammenhänge, insbesondere der wirtschaftlichen Verbundenheit aller europäischen Völker Durchdrungene, logischerweise und im eigenen Interesse den aufrichtigen Wunsch hegt, daß es Briand gelingen möge, die schwierige Situation zu überwinden und in Finanzen und Währung Ordnung zu schaffen.“

Es ist gut, daß von offiziöser deutscher Seite so deutlich hervorgehoben wird, daß man in Deutschland die französische

Währungskrise ohne Schadenfreude und sogar mit Sorge betrachtet. Noch vor einem Jahre hätte es in Deutschland genügend Dummköpfe gegeben, die über den Frankensurz ebenso gejubelt hätten, wie einst die französischen Nationalisten über das deutsche Billionenchaos. Solche Stimmen sind aber selbst im deutschnationalen Lager inzwischen sehr selten geworden. Vom Standpunkt der deutschen Arbeiterschaft aus kann man die Ausführungen der „Diplomatisch-politischen Korrespondenz“ nur gut heißen, zumal die deutsche Wirtschaft, an deren Besserung die Arbeiter am meisten interessiert sind, nicht nur im Innern, sondern auch ringsum stabile Währungen und gesunde Wirtschaftskörper benötigt.

Die Heße gegen Lessing.

Mahregelung der Studenten. — Strafanzeige wegen Mötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Hausfriedensbruch.

Der Rektor der Technischen Hochschule in Hannover hielt am Mittwoch, den 2. Juni, gemeinsam mit zwei Mitgliedern des Hochschulfenats im Kultusministerium Vortrag über die Ausschreitungen der Studenten in Hannover. Gegen die beteiligten Studenten wird unerbittlich das Disziplinarverfahren eingeleitet und mit möglicher Beschleunigung durchgeführt. Gegen diejenigen Studenten, die sich strafrechtlich vergangen haben (als Delikte kommen Mötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Hausfriedensbruch in Frage), wird Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Bei Wiederholung derartiger Vorkommnisse, die die Staatsautorität und das Ansehen der Hochschule aufs schwerste schädigen, wird die Schließung der Hochschule unvermeidlich sein. Das würde für sämtliche Studenten den Verlust eines Semesters zur Folge haben. Es sollen alle Maßnahmen getroffen werden, um Ruhe und Ordnung in der Hochschule aufrechtzuerhalten und die Durchführung der Vorlesungen des Professors Lessing wie jedes anderen Dozenten sicherzustellen.

Internationaler sozialistischer Studententag

Gründung einer studentischen Föderation.

Mehr als 100 sozialistische Studenten hatten sich in Amsterdam eingefunden, um gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiterjugend den Jugendtag zu begehen. Als zukünftige Kopfarbeiter durften sie nicht fehlen, wo die Arbeiterjugend sich versammelt, um das Fest der internationalen Solidarität zu feiern. Und um die Bande zwischen sich und dieser Arbeiterjugend noch fester zu knüpfen, wurde hier auch der äußere Rahmen geschaffen, der die sozialistische Studentenschaft in die Lage versetzen soll, sich selbst organisatorisch in das Gefüge der Internationalen Sozialistischen Jugendinternationale einzuordnen.

Der konstituierenden Versammlung der Internationalen Sozialistischen Studentischen Föderation — so wird in Zukunft die internationale Vereinigung der sozialistischen Studenten heißen — ging eine Sitzung des Hauptvorstandes der vereinigten sozialistischen Studenten Deutschlands und Österreichs voraus, auf der der Tätigkeitsbericht entgegengenommen und laufende Fragen erledigt wurden.

Anwesend waren Delegierte aus Deutschland, Desterreich, Holland, Belgien, Frankreich, Polen, aus der Tschechoslowakei, aus Lettland, Estland und Litauen. Schweden, Norwegen und Dänemark waren nur inoffiziell vertreten, da es in diesen Ländern keine selbständigen studentischen Organisationen gibt.

In einer öffentlichen Sitzung gaben Vertreter der einzelnen Länder einen kurzen Bericht über den Stand der sozialistischen Studentebewegung. Es stellte sich heraus, daß die österreichischen Organisationen 1800 Mitglieder aufweisen, die deutschen etwa 800, die belgischen 200, die französischen 100, die holländischen 106, die polnischen 50, die lettischen 250, die litauischen 50, die estnischen 25 — diese drei Länder haben in Riga ein gemeinsames Zentralbüro — und die tschechoslowakischen 250. Letztere Organisation kann insofern als vorbildlich bezeichnet werden, als es ihr in Prag gelungen ist, die Verwaltung der studentischen Angelegenheiten an sich zu reißen. Im großen und ganzen liefen die Berichte

„Gleiches Recht für alle!“

Als der pensionierte Kasseninspektor Wilhelm Bierwirth frühmorgens seinen „Lokal-Anzeiger“ aus dem Briefkasten schlich, seiner Wohnungstür herausnahm, fiel ihm ein Brief seines Bankiers, bei dem er außer einigen ersparten hundert Mark noch eine Anzahl Effekten liegen hatte, zu Füßen. Mit gemischten Gefühlen, bei denen die Neugier überwog, riß er den Umschlag auf und las die folgenden Worte:

„Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß die in Ihrem Depot bei uns ruhenden R. 2000,— 4½ Proz. 1920er Gewerkschaft Großherzog Wilhelm Ernst Obligationen per 1. 9. 26 neu akündigt wurden. Die Gesellschaft löst ihre Obligationen schon jetzt ein und zahlt mit Genehmigung der Spruchstelle für

R. 1000,— = RM. 5,69

+ Zinsen für 1925 und 1926 — 37

RM. 6,06

Vom Kündigungstage ab ist der Zinsdienst eingestellt.“

„Gottverdammlich!“ — Jedes weitere Wort blieb Wilhelm Bierwirth im Halse stecken. Aber eine Wut kochte in ihm, eine Wut! Das war ja eine unerhörte Gemeinheit! Ganze 12 Mark und 12 Pfennige wollten ihm diese verfluchten Kali-Industriellen für seine 2000 Mark zurückzahlen, die doch auch im Jahre 1920 noch immerhin ihre 200 Goldmark wert gewesen waren. Das war doch — —! Rein, dafür gab es überhaupt keine Worte!

Der Kaffee und das Honigbröckchen wollten Wilhelm Bierwirth heute morgen gar nicht schmecken. Seine Gattin traute sich kaum, ihn anzureden, weil sie das drohende Gewitter hinter seiner gefährlichen Stirn bemerkte. Rühmlich und zerstreut vertiefte sich Bierwirth in sein Leibblatt und überflog den Leitartikel, in dem unter der Überschrift „Gleiches Recht für alle!“ mit zwingender Logik nachgewiesen wurde, welches schreiende Unrecht die „Roten“ durch den Volksentscheid auf entschädigungslose Fürsteneignung planten.

Von der Straße her erklang die flotte Marschweise eines Trommter- und Pfeiferkorps. Bierwirth blickte aus dem Fenster. „Schon wieder diese Halunken vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold!“ zischte er. „Und Erich ist natürlich auch wieder dabei!“

Als der Reife Erich aber nicht lange darauf die Unerschämtheit hatte, seinen Onkel zu besuchen, erlaubte sich der ganze angestammelte Jörn des Alten auf das Haupt des Jungen. „Schämst du dich nicht in Grund und Boden, Erich, mit diesen Bolschewisten gemeinsame Sache zu machen? Hast du denn ganz vergessen, wie gut wir es früher gehabt haben und in welches Elend wir durch diese verbrecherische Revolution geraten sind? Hier kannst du lesen, welchen neuen empörenden Rechtsbruch die „Roten“ jetzt wieder vorhaben!“

Der Reife ließ lächelnd den Alten austreten. Dann wandte er ein: „Da steht doch „Gleiches Recht für alle!“ Hast du denn

eigentlich an deinen früheren Papieren noch gar nichts verloren?“

„Und ob ich etwas verloren habe! Da schau her! Diesen Brief hab' ich heute morgen bekommen. Ganze 0,5 Prozent will mir die Gesellschaft von meinen sauer ersparten 2000 Mark zurückzahlen!“

„Na also! Warum willst du dich um deine ehrlich erworbenen paar Groschen betrogen lassen, damit den Fürsten, die immer noch zu den reichen Leuten gehören und die nie zu arbeiten gelernt haben, noch Milliardenwerte nachgeschmissen werden?“

Der Alte stutzte und hörte anfangs widerwillig, bald aber mit wachsender Aufmerksamkeit und Erregung den Ausführungen seines Neffen zu. Es war ein schweres Stück Arbeit, den dickköpfigen Alten zu überzeugen, und die Unterredung dauerte sehr lange. Schließlich aber rang sich Bierwirth doch dies Bekenntnis ab:

„Wenn's so ist, dann stimme ich natürlich auch am 30. Juni mit „Ja“. Darauf kannst du dich verlassen!“

Hubert Pasari.

Spielplan der Volksbühne für 1926-27. Die Zeitung „Die Volksbühne“ teilt mit, daß der Spielplan der Berliner Volksbühne für 1926-27 u. a. folgende Werke in Aussicht genommen hat: „Troilus und Cressida“ von Shakespeare, „Kriophanes“, „Lystrata“, Schillers „Brau von Messina“, Ibsens „Peer Gynt“, Hauptmanns „Die Weber“, Gorkis „Rachjast“, Shaws „Teufelskücher“, Heinrich Manns „Madame de Sarras“, Tolsters „Wandlung“, O'Neills „Der haarige Affe“. Im Volksbühnentheater am Schiffbauerdamm sind eine Reihe von Raitneen als Sonderveranstaltungen vorgesehen, welche der neuesten Dramatik gewidmet sind. Das Tanzprogramm der Volksbühne sieht sechs große Veranstaltungen vor mit Rudolf von Laban, Marg Wigman, Gret Palucca, Kurt Joos, Herta Freist. Frau Trümpp wird mit dem Sprechchor der Volksbühne als Bewegungchor auftreten, der ein neues Chormerk aufzuführen wird.

Ueber den Durchbruch des Religiösen bei Bernhard Shaw hielt Friedrich Märker in der Urania einen Vortrag. Der Vortragende ging von der Tatsache aus, daß es bis vor wenigen Jahren noch nicht viele waren, die das Werk von Bernhard Shaw kannten. Die Ursache war, daß Shaws Dramen in einem absoluten Gegensatz zu denen standen, die Ende des 19. Jahrhunderts vom Publikum mit Beifall aufgenommen wurden. Shaw verachtet auf alles Gefäßselige, er läßt die Klugheit walten und seine Menschen sind mehr Repräsentanten irgendeiner Institution oder Gemeinschaft, als ihres eigenen persönlichen Schicksals. Shaw riß das Schauspiel aus dem engen Bezirk des Familienlebens und stellte seine Menschen vor ein Forum. Seit dem Kriege, der dem Menschen das Heim taubte und ihm das öffentliche Leben zum Zentrum gab, ist Shaws Werk auch dem breiten Publikum gewonnen. Das Spannungsoverhältnis, das sich durch das ewige Gegeneinander erzeugt, läßt Shaw zur ausschließlichen Kraft seiner Dramen werden, die ihre Richtung von Ideen und Erkenntnissen erhalten. Bei seinen Menschen sind Ansichten und Charaktereigenschaften in unlösbarer Verbundenheit anzutreffen. Shaw, der große Zweifler; er baut jetzt den Helden auf,

den er früher höhnend vernichtet hatte. Waren bei ihm früher die Grundprobleme typisch englische, Heuchelei und zähe Klugheit, so dreht sich jetzt alles um stillige Normen; durch sie erhalten die Dinge ihre Bestimmung. Das ist auch die Erklärung dafür, warum Shaw seiner Johanna fotografische Kraft gegeben hat und auch ihre innere Stimme als positive Macht nicht verleugnete. Die verschärften Sinne des Genies, seine Suggestionkraft, der Wunsch und Wille, der aus Seelenstärke dringt, geben ihm die Durchschlagskraft, die sein Leben erfolgreich macht. Der Moment des Tragischen tritt dann ein, wenn das Genie, über die Wirklichkeit hinausstürmend, an ihr zerbricht. Im ewigen Sieg des einen über das andere findet das Leben seine Spannung und diese ist es, die den Impuls von Shaws dichterischem Schaffen ausmacht. Schöpferische Evolution, im begrenzten Gegenfug zum Darwinismus: sie allein führt zu den gefuchten Ergebnissen. Pfeilflug oder Kreislauf des Lebens? Im Zivilisationsmenschen Shaw wühlt ewig die tiefe Sehnsucht nach der einen großen Macht, in die die Seele eingehen kann, um ihre Heimat zu finden. Er, der Rationalist, der Relativist, der Mensch, der immer bereit ist zu negieren, er ist der große Religiöse, der um die Ueberwindung seines Erdenlebens kämpft. A. F.

„Moral als Lebenskunst“ lautet das Thema, über das Licentiat Ernst Bittlinger in einem Vortrag in der Urania sprach, dem in acht Tagen ein zweiter folgen soll. So ist ein Eingehen auf diesen ersten Abend sehr schwierig, besonders, da der Vortragende eine präzise Definition dessen, was er unter dem Worte „Moral“ begriff, nicht gab. Daß die Moral eine den menschlichen Willen bestimmende Macht ist, die die Triebordnung bewirkt, gibt doch nur eine recht ungenaue Vorstellung. Bittlinger, wenn er auch die Kantische Ueberhöhung der Moral ablehnt und Nietzsche durchaus für einen Moralisten genommen haben will, scheint sich indessen doch etwa in den Bahnen Kants zu bewegen. Allerdings kann man ein klares Bild davon höchstens nach dem zweiten Vortrag gewinnen. Interessant waren dagegen an diesem Abend, der den durchaus irreführenden Untertitel „Seelenleben der Tiere und Triebleben der Menschen“ führte, obgleich er sich ausschließlich mit dem Triebleben der Tiere beschäftigte, die gezeigten Lichtbilder. An Hand dieses Materials wollte der Vortragende beweisen, daß alle Triebe einen gebenedeten Zweck verfolgen, wenn auch das Individuum sich dessen nicht bewußt ist. Man sah die kunstvollen Nestbauten von Vögeln und Fischen, Silberdämme, Bilder aus dem Staate der Ameisen. Die Uebersteigerung und Verkümmern der natürlichen Triebe beim Menschen und ihre Regulierung durch die Moral soll den Inhalt des zweiten Vortrags, „Die Moral als Klugheit und Egoismus“, bilden. T. S.

Die Staatliche Hochschule für Musik vernahm am 5. mittags 12 Uhr, im Konzertsaal der Hochschule, Charlottenburg, Holstenstr. 1, ein Konzert zur Feier der hundertsten Wiederkehr des Todestages von Carl Maria von Weber. — Programme, welche zum Eintritt berechtigten, sind unentgeltlich beim Portier der Hochschule erhältlich.

Die hundertstündigste Sturmanstellung enthält eine Gesamtschau der Künstler des Sturms, fernere neue Werke von Jost Stufenberg, Adolf Rätzke, Sandro Mattheus sowie Keramiken der Holmeislerkisten. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 2 Uhr geöffnet.

